Bezirk Einsiedeln | Präsidiales
Hauptstrasse 78 | 8840 Einsiedeln
Tel 055 418 41 22 | www.einsiedeln.ch
irene.michel@bezirkeinsiedeln.ch

Bezirk **Einsiedeln**

Protokoll

Thema	**Bezirksgemeindeversammlung**
Datum, Zeit	Dienstag, 14. Dezember 2020, 19.30 bis 22.30 Uhr
Ort	Kultur- und Kongresszentrum „zwei Raben", 8840 Einsiedeln
Teilnehmende	Bezirksrat: Franz Pirker, Bezirksammann Hanspeter Egli, Bezirksstatthalter, Ressortchef Planung und Gewässer Andreas Kuriger, Säckelmeister, Ressortchef Finanzen Informatik Controlling Christoph Bingisser, Ressortchef Bildung und Kultur Bernadette Deuber, Ressortchefin Soziales und Gesundheit Meinrad Gyr, Ressortchef Infrastruktur Maurice Müller, Ressortchef Bau Umwelt Energie Patrick Notter, Ressortchef Volkswirtschaft Sicherheit Fredi Zehnder, Ressortchef Liegenschaften Sport und Freizeit Patrick Schönbächler, Landschreiber Rechnungsprüfungskommission: Annamarie Kälin-Steinegger, Präsidentin Jeannine Kälin Karin Kälin-Tschupp Thomas Philipp Martin Thoma Abteilungsleitende (Bezirksverwaltung): Andreas Baumgartner, Abteilungsleiter Planen Bauen Umwelt Energie Raffael Bosshard, Abteilungsleiter Bildung und Kultur Patricia Elmer, Abteilungsleiterin Soziales und Gesundheit Werner Landtwing, Abteilungsleiter Finanzen Informatik Controlling Roger Leitner, Abteilungsleiter Infrastruktur Irene Michel, Landschreiber-Stv., Abteilungsleiterin Präsidiales und Volkswirtschaft Sicherheit sowie rund 140 Stimmberechtigte

Begrüssung

Bezirksammann Franz Pirker begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur ordentlichen Bezirksgemeinde. Er macht auf die Massnahmen des Schutzkonzepts aufgrund der Covid-19-Pandemie aufmerksam, insbesondere die Registrierung der Anwesenden, die Sitzordnung, die Abstands- und Hygienevorschriften und die Maskenpflicht. Wortmeldungen sind ausschliesslich am Rednerpult möglich.

Nach dem anschliessenden Gebet stellt der Bezirksammann fest, dass die Einladung zur Bezirksgemeinde vorschriftsgemäss erfolgt ist. Beanstandungen bezüglich Ankündigung oder Einladung werden keine vorgebracht, womit die Bezirksgemeinde ordnungsgemäss abgehalten werden kann.

Der Bezirksammann ersucht alle Anwesenden, welche nicht im Bezirk Einsiedeln stimmberechtigt sind, in einem separaten Bereich Platz zu nehmen. Er macht darauf aufmerksam, dass Personen, die wissentlich ohne Stimmrecht abstimmen, Wahl- und Abstimmungsfälschung begehen und sich damit strafbar machen.

Das Protokoll der letzten Bezirksgemeinde vom 30. Juni 2020 wurde an der Bezirksratssitzung vom 26. August 2020 genehmigt und anschliessend auf der Webseite des Bezirks publiziert.

Die Versammlung wird für das Protokoll auf Band aufgezeichnet. Wer sich zu Wort meldet, hat sich zu Handen des Protokolls mit Namen und Vornamen vorzustellen.

Wahl der Stimmenzähler

Situationsbedingt hat der Bezirksammann die Stimmenzähler bereits bestimmt und schlägt folgende Personen vor:

- Yvonne Ackermann
- Samuel Kälin
- Sybille Rohner
- Benjamin Zehnder

Aus der Versammlung erfolgen weder Einwände noch weitere Nennungen, womit die vorgeschlagenen Personen als Stimmenzähler gewählt sind.

Traktandenliste

Landschreiber Patrick Schönbächler verliest die Traktandenliste:

1 Voranschlag Erfolgs- und Investitionsrechnung 2021 mit Festsetzung des Steuerfusses 2021

2 Nachkredite Laufende Rechnung 2020

3 Abrechnung Baukredit Aufstockung Schulhaus Kornhausstrasse

4 Abrechnung Baukredit Aufstockung Schulhaus Nordstrasse

5 Sachvorlage «Einführung von schulergänzenden Betreuungsangeboten an den Schulen Einsiedeln»

6 Einbürgerungen

7 Varia

Bezirksammann Franz Pirker erkundigt sich, ob die Versammlungsteilnehmenden mit der Reihenfolge der Traktanden einverstanden sind. Es erfolgen keine Wortmeldungen, somit werden die Traktanden vorschlagsgemäss behandelt.

Traktanden

1 Voranschlag Erfolgs- und Investitionsrechnung 2021 mit Festsetzung des Steuerfusses 2021

Säckelmeister Andreas Kuriger informiert, dass der Voranschlag für das Jahr 2021 erstmals nach neuer Rechnungslegung HRM2 präsentiert wird.

1.1 Neue Rechnungslegung nach HRM2

Der Säckelmeister erläutert eingangs die wichtigsten Änderungen gegenüber der bisherigen Rechnungslegung sowie die Darstellungsweise. Mit der Einführung von HRM2 sollen zwei Ziele erreicht werden: einerseits eine Vergleichbarkeit interkantonal aber auch innerhalb des Kantons Schwyz; andererseits möchte man mit den neuen Bezeichnungen von HRM2 eine Annäherung an das Privatrecht erreichen. Nach HRM2 bilden nun neu die Bilanz, die zweistufige Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung sowie ein wesentlich erweiterter Anhang die Bestandteile der Rechnungslegung.

Mit der gestuften Darstellung des operativen Ergebnisses und Gesamtergebnisses soll erreicht werden, dass die politischen Einflussfaktoren (wie z.B. Sonderabschreibungen) in der Rechnung klar ersichtlich sind. Eine wesentliche Änderung stellt der erweiterte Anhang dar. Einerseits der Eigenkapitalnachweis, in welchem beispielsweise auch die Spezialfinanzierungen aufgeführt und damit dem operativen Ergebnis zugerechnet werden. Die Neuschätzung des Finanzvermögens wird anfangs 2021 zu einer Aufwertung des Eigenkapitals führen. Andererseits werden erstmals Abgrenzungen erfolgen. Beispielsweise sind Überzeit- und Ferienguthaben auszuweisen, aber auch Rückstellungen müssen vorgenommen werden. Dies wird zu einer Minderung des Eigenkapitals führen. Der definitive Stand des Eigenkapitals wird erst Ende 2021, nach Genehmigung des Überführungsberichts durch den Regierungsrat, bekannt sein.

Ein neues und zentrales Element der neuen Rechnungslegung bildet die Geldflussrechnung. Diese zeigt die Veränderungen des Liquiditätsbestandes am Anfang und Ende des Jahres auf. Die Geldflussrechnung ist gegliedert in die Teilbereiche operativer Bereich (Steuereinnahmen, Finanzausgleich, Aufwand), Investitionen (Abfluss z.B. durch Bauten und Anlagen, Zufluss aus Verkäufen) sowie Fremdfinanzierung (Kreditaufnahmen oder Kreditabbau).

Ein weiteres wichtiges Element in der Rechnungslegung stellt der erweiterte Anhang dar. Dieser enthält einen Gewährleistungsspiegel zu allfälligen Bürgschaften oder Garantien gegenüber Dritten, einen Beteiligungsspiegel über wesentliche Beteiligungen des Bezirks sowie einen Rückstellungsspiegel mit Anfangs- und Schlussbestand.

Die Rechnungslegung nach HRM2 mit diesen Inhalten wird erstmals im Frühling 2022 mit der Rechnung 2021 erfolgen.

Die wesentlichsten Einflussfaktoren auf die neue Rechnungslegung sind die folgenden:

- Die Änderung der Abschreibungsmethode und der Abschreibungssätze werden einen wesentlichen Einfluss auf die Erfolgsrechnung des nächsten Jahres haben. Bisher wurde nach degressiver Methode abgeschrieben, d.h. die Abschreibungen wurden vom Buchwert vorgenommen. Dies führte dazu, dass die Abschreibungen in den ersten Jahren hoch waren (z.B. bei Gebäuden 8%) und über die Jahre abnahmen. Nach HRM2 wird neu für sämtliche Anlagegüter eine Nutzungsdauer definiert, über welche linear abgeschrieben wird (z.B. bei Gebäuden 4% pro Jahr). Durch diese Differenz sind in der Erfolgsrechnung erhebliche Einsparungen möglich.
- Schwierigkeiten bei der Überführung vom alten ins neue Recht werden sich dann ergeben, wenn noch Buchwerte von Objekten in der Rechnung vorhanden sind, die Nutzungsdauer des Objektes aber bereits abgelaufen ist. Beispielsweise bei den Schulhäusern Egg und Bennau, welche älter als 25 Jahre sind, jedoch noch einen Buchwert aufweisen. Diese Objekte müssen nun zwingend über acht Jahre auf null abgeschrieben werden, was eine erhöhte Abschreibungslast nach sich ziehen wird. Dasselbe gilt für Objekte kurz vor Ablauf der 25 Jahre; so muss beispielsweise das Schadenwehrgebäude über die nächsten vier Jahre auf null abgeschrieben werden, was zu einer entsprechend höheren Belastung der Spezialfinanzierung führt.
- Änderung bei der Verbuchung von Unterhaltskosten: Bislang erfolgten Unterhaltskosten, z.B. bei Liegenschaften, Strassenprojekten oder Fahrzeugen, direkt über die Laufende Rechnung. Neu müssen alle Investitionen grösser als CHF 75'000 mit einer Nutzungsdauerverlängerung aktiviert und über die Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Z.B. wurden bisher im Bereich Strassenunterhalt jeweils rund CHF 1 Mio. pro Jahr für die Sanierung grösserer Teilabschnitte eingestellt. Dieser Betrag wird nun über 25 Jahre abgeschrieben, was zu einer erheblichen Entlastung der Erfolgsrechnung führen wird.

Bezüglich der Darstellung von Voranschlag und Rechnung erhielten die Gemeinden vom Kanton detaillierte Vorgaben. Gemäss diesen hätte sich der Detaillierungsgrad auf die Hauptkonti (z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Entgelte) beschränkt. Der Bezirksrat erachtet diese Darstellung aber hinsichtlich

Transparenz als ungenügend und hat sich dafür entschieden, eine detailliertere Gliederung zu publizieren. Diese detaillierte Gliederung dient hingegen nur der Meinungsbildung, die Kreditgenehmigung der Bezirksgemeinde erfolgt – gemäss Vorgaben des Kantons – über die Hauptkonti. Werden beispielsweise gewisse Unterkonti überschritten, der Kredit des Hauptkontos jedoch insgesamt eingehalten, ist kein Nachkredit nötig.

Neu wurde zudem eine institutionelle Gliederung eingeführt, welche die Erfolgsrechnung zusätzlich nach der Organisation des Bezirks Einsiedeln darstellt. Dadurch ist in der Erfolgsrechnung der Nettoaufwand eines jeden Ressorts detailliert ersichtlich.

1.2 Voranschlag 2021

Säckelmeister Andreas Kuriger präsentiert der Versammlung den Voranschlag 2021.

Ausgangslage

- Hinsichtlich Erwartung 2020 erinnert der Säckelmeister daran, dass für das laufende Jahr ein Defizit von CHF 3.6 Mio. budgetiert war, wovon CHF 1.5 Mio. den Defizitbeitrag an das Spital Einsiedeln betreffen. Mit der Zustimmung des Stimmbürgers zum Sanierungspaket fliessen weitere CHF 6.5 Mio. ab, wodurch sich das Defizit für das Jahr 2020 auf rund CHF 10 Mio. vergrössern wird.
- Aufgrund der Rückmeldungen der einzelnen Ressorts sowie des Steuereingangs kann davon ausgegangen werden, dass das Jahr 2020 mit einem Defizit zwischen CHF 9 und 10 Mio. besser als budgetiert abgeschlossen werden kann.
- Nach Abschluss der Rechnung 2020 wird der Überführungsbericht abgeschlossen werden können. Dieser wird der Rechnungsprüfungskommission vorgelegt und anschliessend durch den Bezirksrat und den Regierungsrat genehmigt. Dies führt dazu, dass der Anfangsbestand für die Jahresrechnung 2021 erst im Dezember 2021 definitiv bekannt sein wird.
- Sowohl im Jahr 2020 wie auch im Jahr 2021 wird die Corona-Pandemie Einfluss haben auf die Jahresrechnungen. Einerseits wird der Aufwand durch die Beschaffung von Schutz- und Reinigungsmaterial belastet, andererseits fallen Mehrkosten beim Personalaufwand, insbesondere bei den Hauswartteams, an. Auf der Ertragsseite ist ein grosser Unsicherheitsfaktor bezüglich der Entwicklung der Steuereinnahmen vorhanden.

Übersicht und Finanzplan 2021 bis 2024

- Die Erfolgsrechnung 2021 zeigt einen Aufwand von CHF 90.7 Mio. gegenüber einem Ertrag von CHF 87.2 Mio. und somit ein Defizit von rund CHF 3.5 Mio.
- Die Finanzplanjahre wurden mit Faktoren hochgerechnet. Bei einem angenommenen, gleichbleibenden Steuerfuss von 230% zeigt der Finanzplan, dass auch die Folgejahre Defizite in der gleichen Grössenordnung ausweisen.
- Die Investitionsrechnung weist deutlich höhere Ausgaben aus als im Jahr 2020. Der Bezirksrat hat die Investitionsplanung anlässlich zweier Klausuren intensiv überarbeitet. Eingestellt wurden diejenigen Vorhaben, welche in den nächsten vier Jahren tatsächlich zur Verwirklichung gelangen können, und nicht nur diejenigen Projekte, welche auf der Zeitachse und finanziell fix eingeschätzt werden können. Dieses Vorgehen ermöglicht nun ein realistisches Abbild der Finanzlage des Bezirks Einsiedeln.
- Der Regierungsrat hat entschieden, dass der Vergleich der Voranschläge 2020 und 2021 von den Gemeinden nicht ausgewiesen werden muss. Aufgrund der unterschiedlichen Abschreibungsmethode und des neuen Kontenplans wäre dies auch nur sehr aufwändig zu bewerkstelligen und ein exakter Vergleich der beiden Jahre nicht möglich gewesen.

Erfolgsrechnung 2021 – Sachgruppen

3	**Aufwand**	**90 728 900**	**4**	**Ertrag**	**87 259 500**
	Nettoaufwand	**3 469 400**			
30	Personalaufwand	42 986 600	40	Fiskalertrag	39 154 000
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	18 823 000	41	Regalien und Konzessionen	1 266 100
32	-		42	Entgelte	21 617 600
33	Abschreibungen	4 765 000	43	Verschiedene Erträge	
34	Finanzaufwand	613 000	44	Finanzertrag	1 217 200
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im FK		45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen im FK	
36	Transferaufwand	20 749 300	46	Transferertrag	21 453 700
37	Durchlaufende Beiträge	1 488 700	47	Durchlaufende Beiträge	1 488 700
38	Ausserordentlicher Aufwand		48	Ausserordentliche Ertrag	
39	Interne Verrechnungen	1 062 200	49	Interne Verrechnungen	1 062 200
90	Abschluss Fonds und Spezialfinanzierungen im EK	241 100			

- 30 Personalaufwand: Bei einem Gesamtaufwand von CHF 90.7 Mio. stellt der Personalaufwand mit CHF 43 Mio. rund die Hälfte der Gesamtausgaben des Bezirks Einsiedeln dar. Aufgrund der Neuschaffung von Stellen in den Bereichen Informatik, Planung und Gewässer und Schulverwaltung ist der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Zudem wurde 1% Teuerung eingerechnet, wohingegen im Jahr 2020 keine Teuerung ausbezahlt wird.
- 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand: Diese Position ist mit CHF 18.8 leicht tiefer als im Voranschlag 2020. Dies aufgrund der Aktivierung von Investitions- und Sanierungsvorhaben, welche sich nun nicht mehr in der Erfolgsrechnung befinden.
- 33 Abschreibungen: Die Abschreibungslast ist aufgrund der beschriebenen Änderung der Abschreibungsmethode und -sätze um rund CHF 1.7 Mio. tiefer.
- 34 Finanzaufwand: Der Finanzaufwand befindet sich trotz der Verschuldung mit CHF 613'000 auf sehr tiefem Niveau. Die Fremdkapitalzinsen sollten sich mit CHF 460'000 auf dem Niveau der Vorjahre bewegen. Man geht davon aus, dass auslaufende Kredite zu sehr günstigen Konditionen refinanziert werden können. Rund CHF 90'000 setzen sich aus Skonti von Steuerrechnungen zusammen.
- 36 Transferaufwand: Die CHF 20.8 Mio. sind der zweitgrösste Aufwandposten. Der Transferaufwand beinhaltet Leistungen, welche durch übergeordnete Gesetze gebunden sind, oder Leistungen an Dritte: Beiträge an den öffentlichen Verkehr, für den Rettungsdienst, an Zweckverbände Abwasser und Kehricht, die wirtschaftliche Sozialhilfe, Spitex und Pflegefinanzierung, Prämienverbilligung und Ergänzungsleistungen.
- 37 Durchlaufende Beiträge: Dies sind Leistungen, welche für Dritte erbracht und in der Ertragsposition 47 weiterverrechnet werden.
- 39 Interne Verrechnungen: Auch diese internen Dienstleistungen werden in der Ertragsposition 49 weiterverrechnet.
- 42 Entgelte: Dabei handelt es sich um Gebühreneinnahmen wie Parkgebühren, Wasser-/Abwassergebühren und hauptsächlich Gebühreneinnahmen des Altersheimes Langrüti.
- 44 Finanzertrag: Ertrag aus dem Finanzvermögen, hauptsächlich aus den Alterswohnungen Langrüti.
- 46 Transferertrag: enthält den innerkantonalen Finanzausgleich sowie CHF 2 Mio. aus der Grundstückgewinnsteuer, CHF 9.1 Mio. Steuerkraftausgleich und CHF 1.6 Mio. Normaufwandausgleich; leider um CHF 1.1 Mio. tiefer als im Vorjahr; ebenso enthalten sind in dieser Position Beiträge an Verbindungsstrassen sowie die Schülerpauschalen.

Institutionelle Gliederung

		Aufwand	Ertrag
		3 469 400	
1	Präsidiales	2 425 200	
2	Volkswirtschaft Sicherheit	3 022 200	
3	Finanzen Informatik Controlling		50 666 200
4	Infrastruktur	3 624 400	
5	Planung Gewässer	1 184 100	
6	Bau Umwelt Energie	1 004 600	
7	Liegenschaften Sport Freizeit	6 549 400	
8	Soziales Gesundheit	12 796 100	
9	Bildung Kultur	23 529 600	

1 Präsidiales: Bezirksrat, Bürgerdienste (z.B. Einwohneramt), Zentrale Dienste, Stabsstellen (Personal, Recht), Bezirksgericht

2 Volkswirtschaft Sicherheit: Tourismus, Wirtschaftswesen, Schadenwehr, Rettungsdienst, Seerettung, Zivilschutz, Bezirksführungsstab

3 Finanzen Informatik Controlling: Buchführung, Controlling, Bereitstellung der finanziellen Mittel, Bereitstellung der IT-Dienstleistungen und Betrieb des Rechenzentrums

4 Infrastruktur: Strassenunterhalt, Parkplätze, Friedhof, Wasser und Abwasser; rund CHF 1.2 der 3.6 Mio. setzen sich aus Abschreibungen auf Strassen- und Infrastrukturprojekten zusammen

5 Planung Gewässer: kommunale Ortsplanung; mit CHF 560'000 sind hier die Planungskosten der Hauptaufwandposten

6 Bau Umwelt Energie: Bauverwaltung und Umwelt

7 Liegenschaften Sport Freizeit: stellt die Liegenschaften für die Verwaltung und die Bildung zur Verfügung; von den CHF 6.5 Mio. liegt der Hauptaufwand von rund CHF 5 Mio. bei den Schulliegenschaften und hier insbesondere bei deren Abschreibungen

8 Soziales Gesundheit: Gewährung von wirtschaftlicher und persönlicher Sozialhilfe; hohe gebundene Kosten wie CHF 6.5 Mio. für Pflegefinanzierung, Prämienverbilligung und Ergänzungsleistungen

9 Bildung Kultur: zuständig für die Führung und Organisation der öffentlichen Schulen sowie die Kulturförderung; das Ressort mit dem höchsten Aufwand; rund CHF 21 Mio. betreffen den Personalaufwand

Steuern

Steuererträge	R2019	V2020	V2021	+/- R vs. V	+/- V vs. V
Natürliche Personen					
Ordentliche Bezirkssteuern	35 474 000	35 500 000	34 569 000	- 905 000	- 931 000
Quellensteuern	1 041 000	900 000	700 000	- 341 000	- 200 000
Lotteriegewinn-, Liquidationsgewinn- und Kapitalabindungenssteuern	1 048 000	900 000	950 000	- 98 000	50 000
Juristische Personen					
Ordentliche Bezirkssteuern	4 889 400	2 600 000	2 465 000	- 2 424 400	- 135 000
Kantonsbeitrag Ausgleich STAF		688 400	585 900	585 900	- 102 500
Total				**- 3 182 500**	**- 1 318 500**

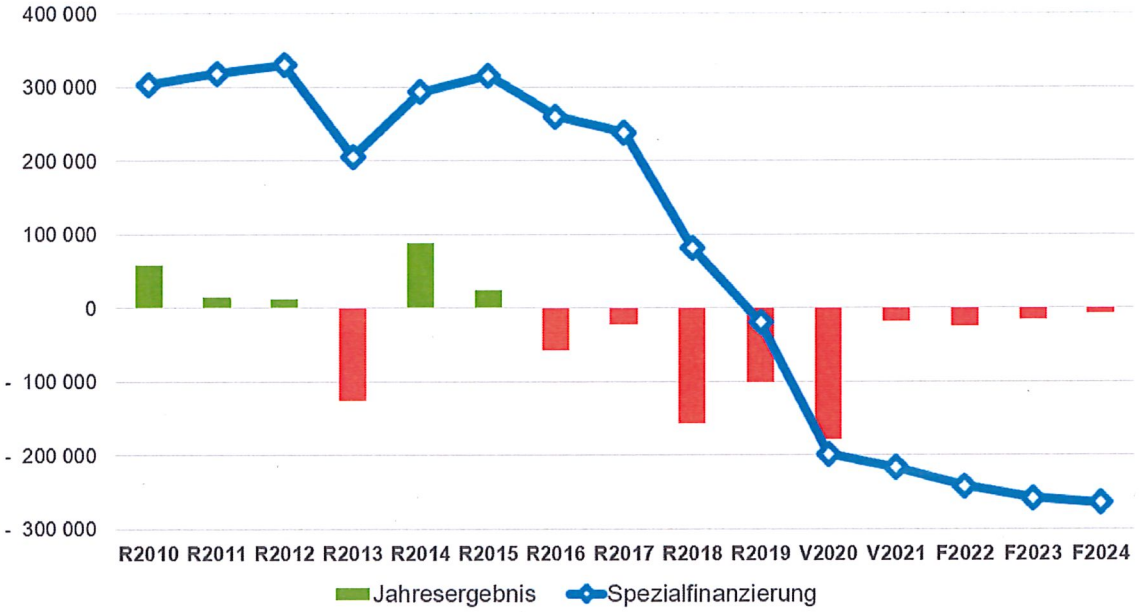
Die Steuern werden jeweils per Rechnungsstellung Ende August für den Voranschlag des Folgejahrs berechnet. Die Anfrage beim Kanton nach dessen Erwartungen hat ergeben, dass dieser aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie mit rund 7% Steuerausfällen bei den natürlichen und rund 25% bei den juristischen Personen rechnet. Für den Bezirk Einsiedeln ergaben sich daraus für den Voranschlag 2021 Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen von CHF 34.5 Mio. ordentliche Steuern. Dies entspricht rund CHF 900'000 weniger als in der Rechnung 2019 und gegenüber dem Voranschlag 2020. Bei den Quellensteuern wurden rund CHF 200'000 weniger budgetiert, da ein Grossteil der quellenbesteuerten Personen im Gastro- und Tourismusbereich arbeitet und hier die Steuereinnahmen entsprechend tiefer ausfallen dürften. Hingegen geht man bei den Lotteriegewinn-, Liquidationsgewinn- und Kapitalabfindungssteuern nicht von einem Einbruch aus.

Bei den juristischen Personen spielten bei der Berechnung der Steuereinnahmen zwei Einflussfaktoren mit. Einerseits hatten im Jahr 2019 grosse Steuerzahler ihren provisorischen Gewinn der Steuerverwaltung gemeldet, weshalb diese eine angepasste Akontorechnung erhielten. Dadurch wurden Einnahmen, welche ansonsten im Jahr 2020 erfolgt wären, bereits im Jahr 2019 generiert. Weiter erfolgte per Steuerjahr 2020 die Steuergesetzrevision mit einer Senkung des Steuersatzes. Es fehlen hier aber noch die Erfahrungswerte, da die Rechnung 2020 noch nicht abgeschlossen ist. Jedoch geht man aufgrund der bereits in Rechnung gestellten Steuern davon aus, dass der Steuerertrag 2021 mit CHF 2.5 Mio. vergleichbar sein dürfte mit demjenigen des Jahres 2020.

Im Total über alle Steuererträge geht man von rund CHF 3 Mio. weniger Steuereinnahmen aus.

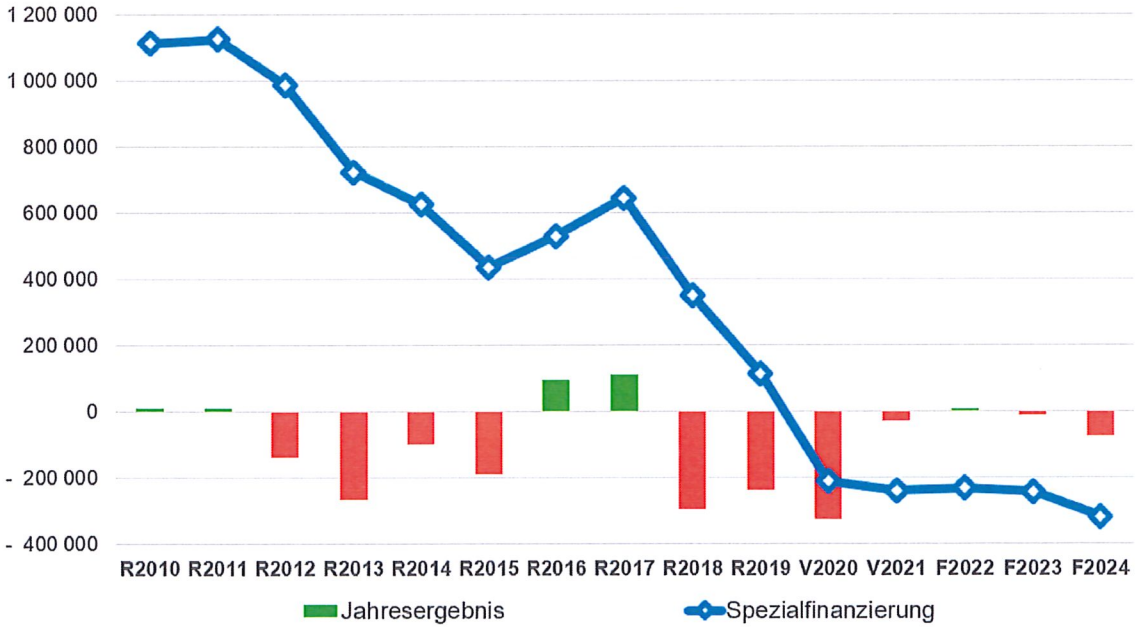
Spezialfinanzierungen

Schadenwehr



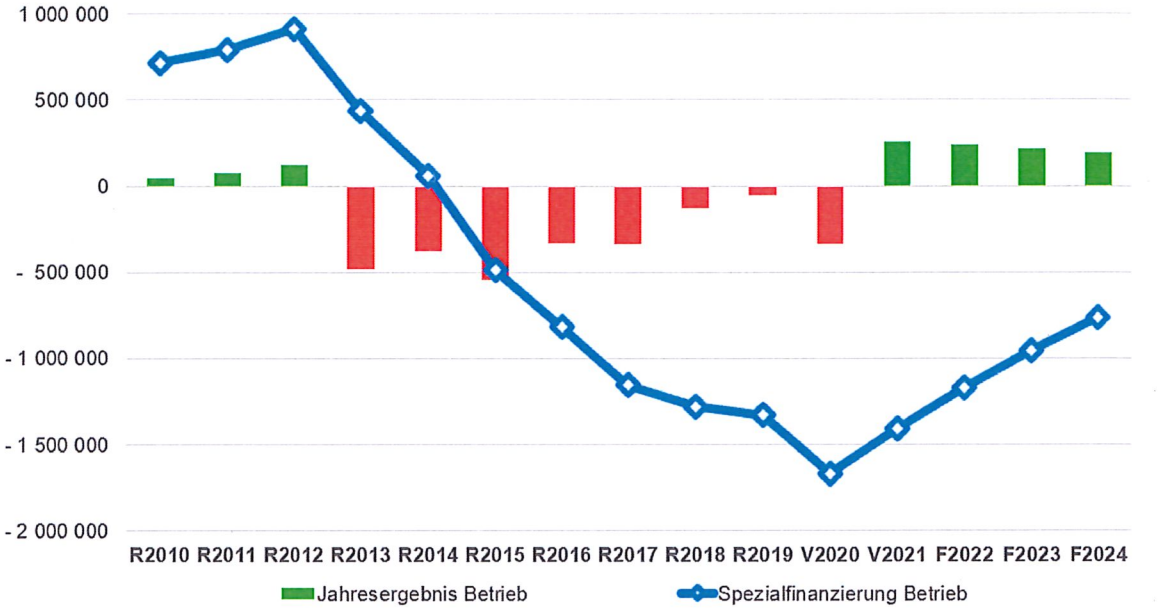
In den letzten Jahren wurde das gesamte Guthaben der Schadenwehr bewusst abgebaut. Aufgrund erhöhter Abschreibungen infolge Investitionsbedarfs werden jedoch die Ersatzabgaben in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um die Spezialfinanzierung ausgeglichen zu halten. Deshalb hat der Bezirksrat beschlossen, die Ersatzabgaben auf den Voranschlag 2021 hin um 44% anzuheben. Die Ersatzabgaben sind vom steuerbaren Einkommen abhängig, weshalb auch hier aufgrund der Corona-Pandemie ein Abschlag vorgenommen wurde und die Spezialfinanzierung in den kommenden Jahren ein Defizit ausweist. Man geht aber davon aus, dass ab dem Jahr 2025 wieder ein Überschuss erzielt wird.

Wasserwerk



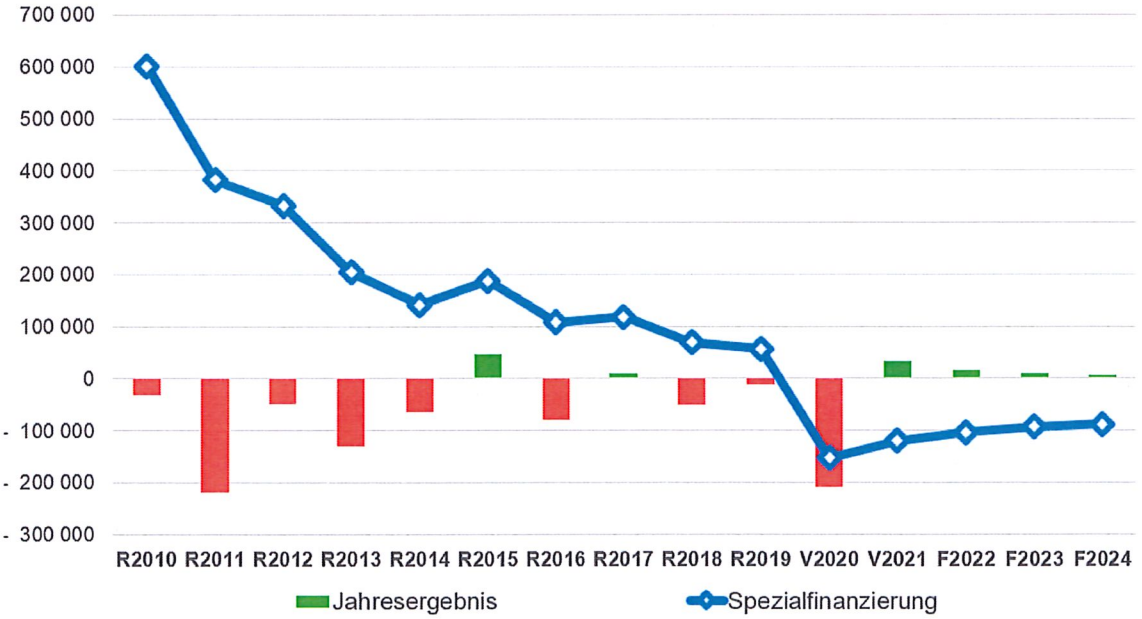
Beim Wasserwerk befindet man sich seit dem Voranschlag 2020 im negativen Bereich. Eine Sanierung der Spezialfinanzierung war nur mit einer Gebührenanpassung möglich. Die Verbrauchsgebühren wurden um rund 20% angehoben. Dies ermöglicht in den Jahren 2021, 2022 und 2023 ausgeglichene Ergebnisse. Der Bezirksrat geht davon aus, dass anschliessend die Quellfassung Breukholz gebaut und das Leitungsnetz erweitert werden kann. Diese Investition wird ab dem Jahr 2024 entsprechende Auswirkungen auf die Abschreibungslast zur Folge haben.

Abwasserbeseitigung



Beim Abwasser resultierte bereits im Jahr 2020 ein kumulierter Verlustvortrag von CHF 1.6 Mio. Hingegen waren noch rund CHF 5 Mio. Guthaben aus Anschlussgebühren vorhanden. Deshalb wurde die Sanierung der Spezialfinanzierung in zwei Schritten vorgenommen. Einerseits erfolgte eine Gebührenanpassung um rund 50%. Andererseits wurde beim Kanton das Einverständnis eingeholt, die CHF 5 Mio. Guthaben aus den Anschlussgebühren mit dem Buchwert gegenzurechnen und damit die Abschreibungslast der kommenden Jahre zu senken. Der Bezirksrat geht davon aus, damit den Verlustvortrag von aktuell CHF 1.6 Mio. in den nächsten sechs bis acht Jahren vollständig abbauen zu können.

Abfallbeseitigung

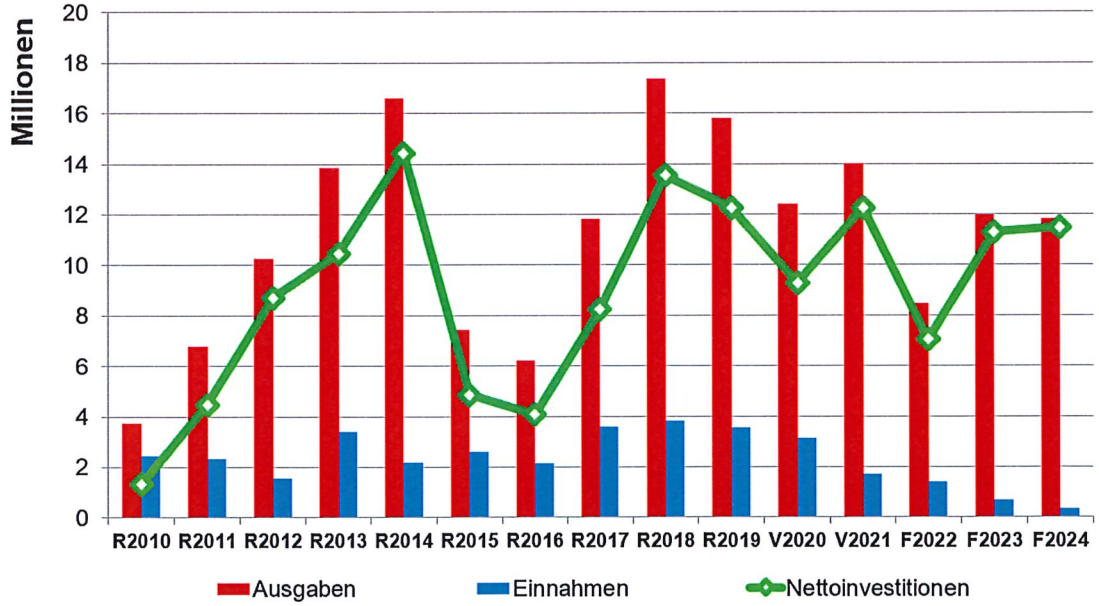


In der Abfallbeseitigung wurde aufgrund der Defizite der letzten Jahre ebenfalls eine Sanierung eingeleitet. Abklärungen beim Preisüberwacher haben ergeben, dass die Leerung und Entsorgung von öffentlichen Abfallbehältern und Robidog nicht Bestandteil der gebührenfinanzierten Spezialrechnung sein dürfen. Dieser Aufwand wurde mittlerweile abgezogen, wodurch die Spezialfinanzierung nun ohne Gebührenanpassung Überschüsse erzielen kann.

Investitionsrechnung – Institutionelle Gliederung

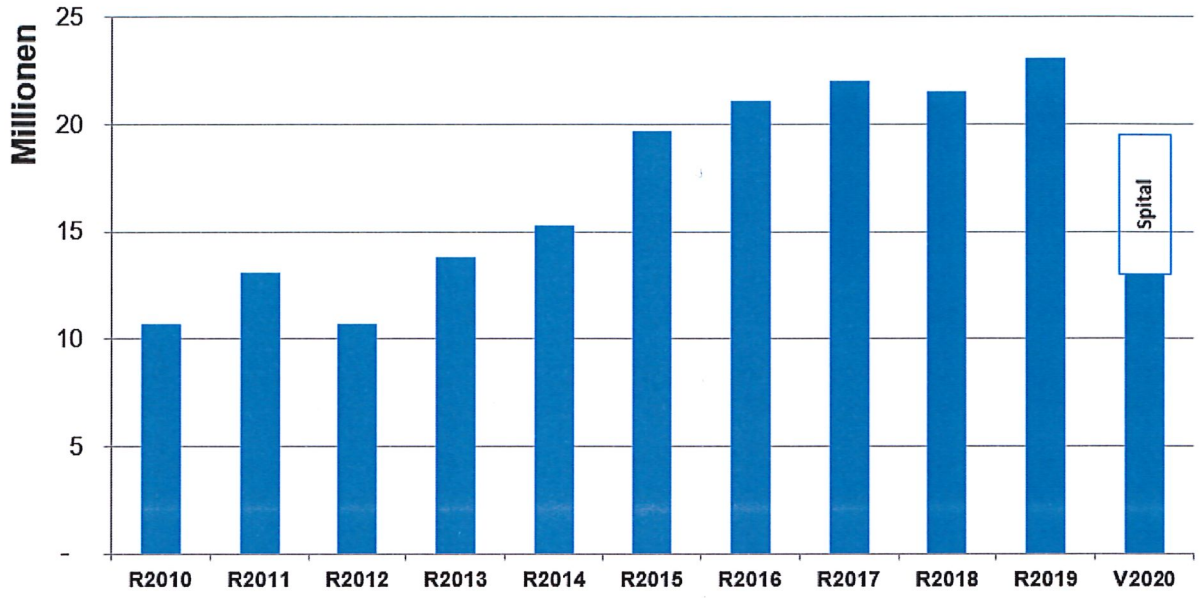
	2021	2022	2023	2024
Nettoinvestitionen	**12 260 000**	**7 038 500**	**11 300 000**	**11 486 000**
Präsidiales				
Volkswirtschaft Sicherheit	560 000	2 697 500	1 575 000	525 000
Finanzen Informatik Controlling	430 000	340 000	325 000	290 000
Infrastruktur	3 495 000	2 460 000	4 440 000	3 640 000
Planung Gewässer	250 000	250 000	300 000	300 000
Bau Umwelt Energie	30 000		165 000	
Liegenschaften Sport Freizeit	7 495 000	287 000	1 680 000	4 550 000
Soziales Gesundheit		1 004 000	2 815 000	2 181 000
Bildung Kultur				

- Volkswirtschaft Sicherheit: Seerundwegetappe und Beiträge an landwirtschaftliche Strukturverbesserungen; 2022 bis 2024 Ausbau Bushaltestellen/Höherlegung Haltekanten
- Finanzen Informatik Controlling: Ersatz Hardware Rechenzentrum gestaffelt über vier Jahre
- Infrastruktur: Sanierungsprojekte Studenstrasse, Burgerenstrasse, Eisenbahnstrasse, Hauptplatz und Kauf Parkplätze Weisswindgarten sowie Sanierungsbeiträge Wasser und Abwasser; 2023 und 2024 enthalten den Neubau Kreisel Grosser Herrgott (CHF 2.8 Mio.) und die Sanierung Hauptstrasse (CHF 1.7 Mio.)
- Planung Gewässer: Beiträge an Bachverbauungen
- Bau Umwelt Energie: Sanierung Schiesstand Gross im Jahr 2023, weil dann höhere Bundessubventionen erhältlich sind
- Liegenschaften Sport Freizeit: 2021 Fertigstellung Schulhäuser Gross und Trachslau, 2022 Sanierung Sportplatz Furren, 2023 und 2024 erste Tranchen Verwaltungszentrum Einsiedlerhof
- Soziales Gesundheit: CHF 6 Mio. über die Jahre 2022 bis 2024 für die Sanierung Altersheim Langrüti (alter Teil)



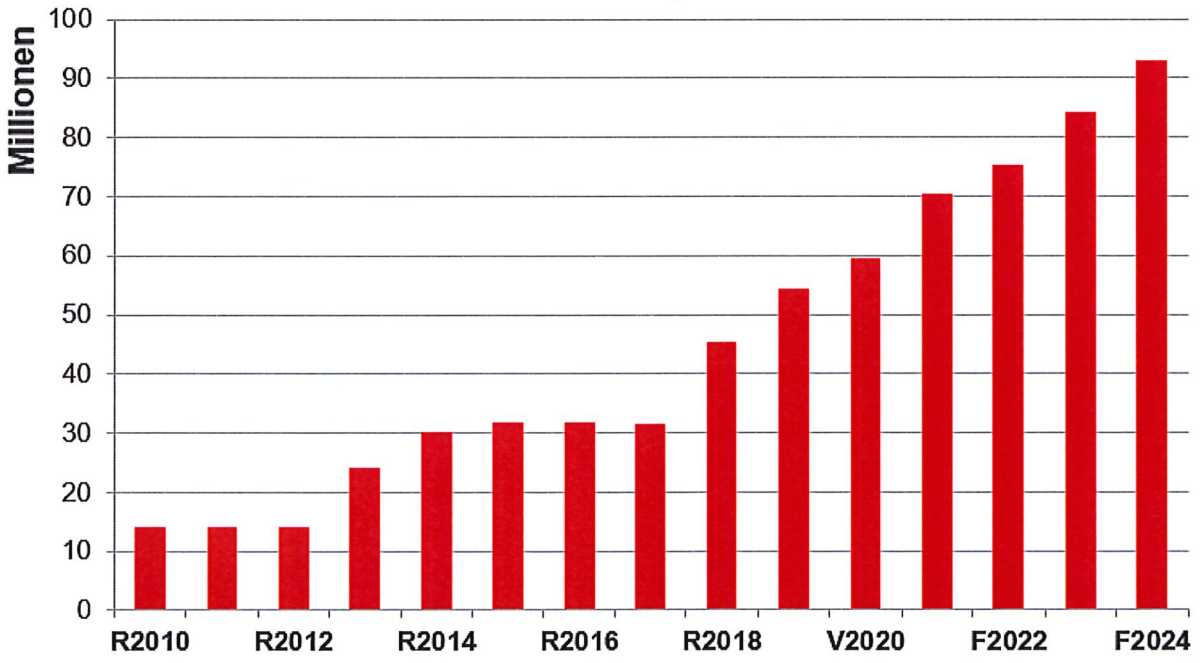
Mit Ausnahme der Jahre 2015 und 2016 hat der Bezirk Einsiedeln in den vergangenen 10 Jahren im Durchschnitt stets mehr als CHF 10 Mio. Nettoinvestitionen getätigt. Dies wird in den kommenden vier Jahren im gleichen Rahmen fortgeführt. Eine Erhöhung der Investitionen ist nicht möglich, da entsprechende Projekte noch nicht umsetzungsreif sind.

Eigenkapital



Das Eigenkapital hat per Ende 2019 einen Höchststand von CHF 23 Mio. erreicht. Dies ermöglichte dem Bezirk unter anderem die Tragbarkeit der Spitalsanierung ohne Steuererhöhung. Per Ende 2020 wird das Eigenkapital um CHF 10 Mio. auf 13 Mio. abgebaut. Aussagen zum Stand des Eigenkapitals per Ende 2021 sind erst nach Vorliegen des Überführungsberichts möglich, wenn die entsprechenden Auswertungen erfolgt sind.

Fremdkapital



Die andauernde Investitionsphase hat grosse Auswirkungen auf die Verschuldung des Bezirks. Nur ein geringer Teil der Investitionen konnte mit Eigenmitteln getragen werden. Dadurch wird sich die Fremdfinanzierung von CHF 15 Mio. im Jahr 2012 per Ende 2024 auf über CHF 90 Mio. erhöhen.

	2021	2022	2023	2024
Finanzierungsfehlbetrag	**11 Mio.**	**5 Mio.**	**9 Mio.**	**9 Mio.**
Selbstfinanzierungsgrad	12.53 %	28.88 %	21.37 %	23.46 %
Kapitaldienstanteil	6.09 %	6.38 %	7.09 %	7.66 %

Der Finanzierungsfehlbetrag stellt die Differenz zwischen den Ausgaben und den Eigenmitteln dar und setzt sich zusammen aus den Nettoinvestitionen und dem Geldzufluss. Im kommenden Jahr werden rund CHF 11 Mio. auf dem Kapitalmarkt fremdfinanziert werden müssen, 2022 CHF 5 Mio. und 2023 und 2024 je CHF 9 Mio. Dabei gilt zu bedenken, dass CHF 3 Mio. an Fremdkapital 20 Steuerprozente ausmachen.
Der Selbstfinanzierungsgrad weist den Prozentanteil der selbstfinanzierten Investitionen aus. Mit einer Spanne zwischen 12.5% und 29% befindet sich dieser auf sehr tiefem Niveau. In der Investitionsphase selber stellt dieser tiefe Selbstfinanzierungsgrad kein Problem dar. Jedoch befindet sich der Selbstfinanzierungsgrad bereits seit acht Jahren und auch für die kommenden vier Jahre auf diesem tiefen Niveau. Für einen gesunden Finanzhaushalt wäre es dringend nötig, dass die Investitionen für die zweite Hälfte der 2020er Jahre auf ein tieferes Niveau gesenkt werden können.
Eine Konsolidierung der Bezirksrechnung wäre besonders wichtig im Hinblick auf den Kapitaldienstanteil. Rund 70% der Gesamtausgaben des Bezirks Einsiedeln sind gesetzlich gebunden. Investitionen erhöhen diesen Teil an gebundenen Kosten in Form von Abschreibungen und Fremdkapitalzinsen weiter. Mit den geplanten Investitionen erhöht sich der Kapitaldienstanteil von 6% im Jahr 2021 bis auf 7.66% im Jahr 2024. Mit Zunahme des Investitionsvolumens verkleinert sich somit der Handlungsspielraum innerhalb der Bezirksfinanzen.

Fazit

- Erwartete Veränderungen aufgrund der neuen Rechnungslegung HRM2
  - Grosse Unterhaltskosten werden neu in der Investitionsrechnung aktiviert
  - Verbessertes finanzielles Führungsinstrument und Transparenz dank Institutioneller Gliederung
  - Neubewertung des Finanzvermögens wird das Eigenkapital stärken
- Unerwartete Einflüsse
  - Zahlreiche zusätzliche Investitionsvorhaben im Finanzplan erschweren die finanzielle Führung
  - Unsicherheitsfaktor «Corona» – sowohl aufwand- wie auch ertragsseitig
- Voranschlag 2021: Der budgetierte Verlust ist für das Jahr 2021 dank vorhandenem Eigenkapital ohne Steuerfussanpassung tragbar
- Finanzplan 2022 – 2024
  - Der Corona-Effekt dürfte noch über Jahre spürbar sein, es wird erst ab dem Jahr 2023 wieder mit dem Steuerniveau des Jahres 2019 gerechnet
  - Der Effekt aus dem Wechsel der Abschreibungsmethode dürfte erst in acht Jahren die volle Wirkung entfalten
  - Die erwarteten Verluste sind maximal bis 2024 tragbar, voraussichtlich wird jedoch bereits ab 2022 über Sparmassnahmen oder aber eine Steuerfusserhöhung diskutiert werden müssen
  - Die Schuldenzunahme wird zunehmend kritisch, da sich über die Finanzplanphase 2022 – 2024 hinaus bereits weitere Investitionsprojekte (Dorfplatz, Bahnhofareal, Schulhaus Willerzell, dritte Tranche Verwaltungszentrum) in der Planung befinden

Es erfolgen keine Fragen aus der Versammlung. Bezirksammann Franz Pirker bedankt sich bei Säckelmeister Andreas Kuriger und seinem Team für die Vorarbeiten zum Voranschlag 2021. Die neue Darstellung der Rechnungslegung sei für alle eine Herausforderung und man werde sich daran gewöhnen müssen. Der Bezirksammann verweist für weitere Informationen auf die Detailversion der Voranschlags auf der Bezirkswebseite.

Anschliessend erteilt der Bezirksammann das Wort an die Rechnungsprüfungskommission. Deren Präsidentin, Annamarie Kälin-Steinegger, erläutert die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission zum Voranschlag 2021:

„Als Rechnungsprüfungskommission haben wir gemäss §§ 50 und 51 des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden den Voranschlag 2021 (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) als Bestandteil des Finanzplanes 2021 – 2024 inklusive Steuerfuss für das Voranschlagsjahr beurteilt.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen der Finanzplan sowie der Voranschlag den gesetzlichen Bestimmungen. Die aufgezeigte Entwicklung des Bezirkes Einsiedeln erachten wir als angespannt, aber vertretbar. Die anhaltende Investitionsphase sowie die Sanierungsmassnahmen für die Stiftung Krankenhaus Maria zum finstern Wald werden das Eigenkapital per Ende 2020 massgeblich verringern. Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Wirtschaft werden zudem spürbar sein.

Den vom Bezirksrat vorgeschlagenen Steuerfuss von 230 Prozent einer Einheit beurteilen wir als notwendig. Wir beantragen, den vorliegenden Voranschlag mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3'469'400, inklusive einem Steuerfuss von 230 Prozent einer Einheit, sowie Nettoinvestitionen von CHF 12'260'000 zu genehmigen. Im Anschluss führt Bezirksammann Franz Pirker durch die institutionelle Erfolgsrechnung 2021.

Ueli Brügger weist darauf hin, dass zu den Konti 3130, 3131 und 3132 für Dienstleistungen, Honorare, Gutachten etc. die Details fehlen, er habe diese auch in der detaillierten Internetversion nicht gefunden. Allein auf dem Konto 3130 sei er auf insgesamt CHF 2.8 Mio. gekommen. Es sei zudem auch nicht ersichtlich, für welche Projekte Honorare und/oder Gutachten im Rahmen von rund CHF 1 Mio. oder Planungen im Betrag von CHF 600'000 nötig waren. Ueli Brügger moniert, dass mit HRM2 nicht die angekündigte Erhöhung der Transparenz erfolgt sei, sondern noch viel weniger ersichtlich sei, wohin und wofür die Gelder fliessen. Er wünscht sich Auskunft zu den genannten Konti.
Säckelmeister Andres Kuriger informiert, dass sowohl der Kontoplan wie auch die Kontobezeichnungen den Gemeinden durch den Kanton vorgegeben wurden. Er habe bereits mehrfach anerboten, für Detailfragen zur Verfügung zu stehen, und wiederholt dieses Angebot gegenüber Ueli Brügger. Zudem verweist er auf seine Erläuterungen ab Seite 7 der Botschaft, in welchen er hohe und/oder spezielle Ausgabenposten pro Ressort kommentiert habe.

Kantonsrat Reto Keller, FDP, nimmt Bezug auf Position 51025, Kontengruppe 313. Es sei der FDP Einsiedeln ein grosses Anliegen, die Raumplanung mit der Richtplanerarbeitung zielgerichtet in die Zukunft führen zu können. Dieser diene dem Bezirksrat als Instrument, verkehrs- und siedlungstechnisch eine Richtschnur zu erhalten. Angesichts der hohen Investitionen und Verschuldung und dem vergleichsweise tiefen Selbstfinanzierungsgrad stelle die FDP aber einen Streichungsantrag für die CHF 40'000 für den Planungskredit Neugestaltung Dorfplatz. Derzeit kenne man die Resultate der Potenzialanalyse zum Dorfzentrum noch nicht. Diese sollten bei der Planung des Dorfplatzes berücksichtigt werden bzw. die beiden Planungen zusammen erfolgen. Reto Keller erachtet die Dringlichkeit zur Sanierung des Dorfplatzes als nicht besonders hoch. Seiner Einschätzung nach gehe es vor allem um die Gestaltung, welche nicht prioritär sei.

Bezirksstatthalter Hanspeter Egli, Ressortchef Planung Gewässer, erläutert die Details zur Budgetposition 51025 – 313 und informiert über die damit verbundenen Planungen und den Stand der Arbeiten. Das Konto 51025 beinhalte rund CHF 150'000 für die Umsetzung kantonaler Vorgaben wie die Erarbeitung des Schutzbautenkatasters Gewässer (CHF 45'000), den Schutzzonen-Teilrichtplan (CHF 35'000) sowie die Nutzungsplanungen Gewässerräume (CHF 70'000). Die Erarbeitung des kommunalen Richtplans soll im Sinne von Vorarbeiten für die Nutzungsplanung vorangetrieben werden (CHF 150'000). Weitere CHF 100'000 betreffen die Entwicklungsstudie Bahnhofareal; als so genannter Entwicklungsschwerpunkt werden hier zusätzlich Gelder von Kanton und Bund geltend gemacht werden können. Für den Abschluss der Planung Grosser Herrgott sind CHF 40'000 eingestellt. Die Planung der Sanierung Hauptstrasse ist mit CHF 40'000 veranschlagt. Wie Bezirksstatthalter Hanspeter Egli erläutert, ist die Sanierung des Dorfplatzes inklusive Neuregelung der Verkehrsführung im Kontext mit der Hauptstrasse bzw. der Achse vom Bahnhof über das Kloster bis zum Grossen Herrgott vorgesehen, weshalb die Planungskosten nun für 2021 eingestellt wurden. Er ersucht die Anwesenden, den Streichungsantrag abzulehnen, damit die entsprechenden Planungen fortgesetzt bzw. abgeschlossen werden können.

Es erfolgen keine weiteren Voten und Bezirksammann Franz Pirker bringt den Antrag von Kantonsrat Reto Keller zur Abstimmung.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:
Der Streichungsantrag von Kantonsrat Reto Keller, die Budgetposition 51025 – 313 um CHF 40'000 zu reduzieren, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Karl Hensler, Allmeindstrasse, erinnert an das Projekt Crossfit, mit welchem ein Angebot für Outdoor-Krafttraining geschaffen werden soll. Sport zu treiben, sei sehr lobenswert und durchaus unterstützungswürdig und es existiere in Einsiedeln eine Fülle von Möglichkeiten. Er macht jedoch geltend, dass bereits verschiedene Angebote für Krafttraining bestehen und dieses andernorts unter Anleitung von Fachpersonen erfolgen könne. Wie Karl Hensler erläutert, sei Crossfit gemäss der Fachpresse gefährlich. Die Instruktoren seien oft ungenügend ausgebildet und es könne durch falsches Training aufgrund Falsch- oder Überbelastungen zu körperlichen Schäden kommen. Zudem seien andere Trainingsangebote wie Tennis oder Ringen auch ohne Beiträge des Bezirks initiiert und erstellt worden. Karl Hensler stellt den Antrag, die CHF 15'000 für das Projekt Crossfit aus dem Budget zu streichen.
Bezirksrat Fredi Zehnder, Ressortchef Liegenschaften Sport Freizeit, erläutert, dass eine Gruppe von 10 jungen Einsiedlern in der oberen Allmeind einen Park für Kraft- und Bewegungstraining realisieren möchte. Diese sogenannten Street Workout Parks seien mittlerweile recht verbreitet. Der Park koste rund CHF 60'000, bei Landverhandlungen mit der Genossame Dorf Binzen sei das entsprechende Grundstück in Aussicht gestellt worden. Die Initianten hätten die Finanzierung mittels Crowdfunding sichern können, inklusive des zugesicherten Bezirksbeitrags. Dabei handle es sich um eine einmalige Leistung von CHF 15'000. Dafür würden die Initianten den Street Workout Park erstellen, welcher anschliessend der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen würde. Der Bezirksrat habe auf Antrag der Kommission Liegenschaften Sport Freizeit entschieden, das Angebot zu unterstützen unter der Bedingung, dass die Baubewilligung erteilt und die Finanzierung gesichert sei. Bezirksrat Fredi Zehnder ersucht die Versammlung um Unterstützung des Projekts und Ablehnung des Streichungsantrags von Karl Hensler.

Es erfolgen keine weiteren Voten und Bezirksammann Franz Pirker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Der Streichungsantrag von Karl Hensler, die Budgetposition 76010 – 363 um CHF 15'000 zu reduzieren, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Im Anschluss daran führt der Bezirksammann durch die Institutionelle Gliederung der Investitionsrechnung.

Johannes Borner, SP Einsiedeln, schätzt die nun transparente, realistische Darstellung der Investitionen und die offene Kommunikation bezüglich Verschuldung und eine allfällige Steuererhöhung bzw. Sparmassnahmen. Er erkundigt sich nach den Details zu den Positionen 21051 – 501 Ausbau Bushaltestellen, 41110 – 501 Kreisel Grosser Herrgott und 41115 Parkplatz Weisswindgarten.
Bezirksrat Patrick Notter, Ressortchef Volkswirtschaft Sicherheit, erläutert, was in den kommenden Jahren zur Optimierung der öV-Buslinien und -Bushaltestellen geplant ist. Das Behindertengleichstellungsgesetz schreibe vor, dass an den Haltestellen ein hindernisfreies Ein- und Aussteigen möglich ist. Die dazu nötigen erhöhten Haltekanten seien nicht nur an Bahnhöfen, sondern auch bei Bushaltestellen erforderlich, was entsprechende Investitionen nach sich ziehe. Oft könnten die Anpassungen im Rahmen von ordentlichen Strassensanierungen erfolgen und werden dadurch entsprechend kostengünstiger. Damit die Haltestellen aber auch für die Zukunft am richtigen Ort platziert sind, wurde im Rahmen eines öV-Konzepts das Busnetz analysiert. Die Einführung von Durchmesserlinien und die Erschliessung des Gewerbegebiets Kobiboden werden ebenso geprüft wie die bessere Erschliessung der Viertel und die Nutzung von Synergien. Insgesamt wird eine bessere Kosten-/Nutzen-Situation angestrebt. Bezirksrat Patrick Notter kündigt an, dass die konkreten Vorhaben dem Stimmbürger im Jahr 2021 im Rahmen eines Sachgeschäfts vorgelegt werden. Insgesamt seien im Finanzplan aber sicherlich ausreichend Mittel eingestellt.
Bezüglich Projekt Grosser Herrgott führt Bezirksstatthalter Hanspeter Egli, Ressortchef Planung Gewässer, aus, dass beim derzeitigen Stand der Planung noch zahlreiche Details unklar seien und über die Sachvorlage auch noch nicht abgestimmt werde. Eine der Herausforderung dieses Kreiselprojekts sei sicher die Grösse des Perimeters, welcher nicht nur den Kreisel, sondern auch die Anschlüsse an die bestehenden Strassenführungen umfasse. Ebenso seien die Verhandlungen mit den Landeigentümern noch nicht abgeschlossen.
Betreffend Weisswindgarten informiert Bezirksrat Meinrad Gyr, Ressortchef Infrastruktur, dass sich diese 20 Parkplätze heute in Privatbesitz befinden. Die entsprechenden Parzellen liegen in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Das bedeute, dass die heutigen Landeigentümer auf ihrem Land keine Bauten und Anlagen erstellen dürften. Seit Jahren seien diese Parkplätze von den drei Privaten an den Bezirk vermietet, welcher diese bewirtschafte. Basierend auf dieser Ausgangslage habe die Rechnungsprüfungskommission dem Bezirksrat sinnvollerweise vorgeschlagen, die Parkplätze käuflich zu erwerben und selber zu bewirtschaften. Das Ressort Infrastruktur befinde sich derzeit mit den drei Eigentümern in Kaufverhandlungen, welche durch unterschiedlichen Haltungen und Preisvorstellungen erschwert würden. Bezirksrat Meinrad Gyr betont, dass es dem Gesamtbezirksrat ein Anliegen sei, diese Parkplätze im Oberdorf für Einheimische und Besucher zu erhalten.

Ruedi Bopp, Grünliberale Partei, zeigt sich ebenfalls erfreut über die transparente Darstellung des Voranschlags 2021. Seitens Grünliberalen äussert er jedoch angesichts der Höhe des Investitionsvolumens Bedenken zur Tragbarkeit. Er sehe in Einsiedeln strukturelle Defizite und wünsche sich eine abschliessende Diskussion über die Investitionen. Notwendiges sei vom Wünschbaren zu trennen, und er erwarte klare Aussagen des Bezirksrates zur Priorisierung innerhalb der Projekte sowie hinsichtlich Steuerfuss bzw. Sparmassnahmen. Er könne sich vorstellen, dass eine Mitwirkung weiterer Kreise die Meinungsbildung des Bezirksrats konkretisieren würde.
Bezirksammann Franz Pirker weist darauf hin, dass der Finanzplan die heutige Planung abbildet, für den Bezirksrat jedoch ein rollendes Instrument darstelle, welches ständig angepasst werde. Im Bezirksrat stelle man sich diese Fragen durchaus. Er nimmt die Anregung für eine Mitwirkung gewisser Kreise zur Priorisierung der Projekte gerne zu Handen des Bezirksrats auf.

Andreas Kälin, Werner-Kälin-Strasse, wünscht sich weiterführende Informationen zu den Resultaten der Potenzialstudie des Kultur- und Kongresszentrums 2 Raben. Er vermisst zudem eine Orientierung über den Stand der Dinge betreffend Baukredit für den Kindergarten Kornhausstrasse.
Bezirksrat Fredi Zehnder, Ressortchef Liegenschaften Sport Freizeit, informiert, dass der Auftrag für die Potenzialstudie im Sommer 2020 erteilt worden sei. Als Zeitfenster für die Erarbeitung der Potenzialstudie wurde Ende Jahr 2020 definiert. Gemäss Rückfrage werde die Studie nächste Woche vorliegen.
Bezüglich Kindergarten Nordstrasse (nicht Kornhausstrasse) orientiert Bezirksrat Fredi Zehnder, dass derzeit Nachuntersuchungen (Bodenproben) im Zusammenhang mit der Altlast im Gange seien und ein entsprechender Bericht ebenfalls bis Ende Jahr erwartet werde. Im Jahr 2021 würden zudem Gewässeruntersuchungen erfolgen. Zurzeit gehe man von einem belasteten Grundstück aus, welches überwachungspflichtig, aber nicht sanierungspflichtig sei. Der Bezirksrat habe mit weiteren Entscheiden zugewartet. Sollte bei einer Verschärfung der Gesetze doch eine Sanierungspflicht entstehen, würden sich Bund und Kanton an den Kosten beteiligen. Ohne Sanierungspflicht gehen sämtliche Kosten zu Lasten des Bezirks. Der Bezirksrat prüfe daher auch Alternativstandorte zum Standort Nordstrasse, vorzugsweise in bezirkseigenen Liegenschaften. Den Zeithorizont beziffert Bezirksrat Fredi Zehnder mit zwei bis drei Jahren, weshalb noch keine Investition im Finanzplan eingestellt wurde.

Ueli Brügger erkundigt sich nach den Kosten für die Einlagerung und allfällige Vernichtung der Elemente für den Kindergarten Nordstrasse. Diese könnten gemäss Aussagen von Holzfachleuten nicht mehr zur Erstellung des Kindergartens verwendet werden.
Bezirksrat Fredi Zehnder informiert, dass die Elemente in Pfäffikon eingelagert seien. Die Kosten habe er aktuell nicht präsent, die Summe sei jedoch an einer der letzten Bezirksgemeinden bereits einmal angefragt und kommuniziert worden. Wie er weiter orientiert, ist die Wiederverwendung der Elemente bei der Evaluation eines Ersatzstandortes Bestandteil der Abklärungen.

Der Bezirksammann führt weiter durch die Beratung der Erfolgsrechnung sowie der Investitionsrechnung nach funktionaler Gliederung. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

- Der Voranschlag der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3'469'400 wird genehmigt.
- Der Voranschlag der Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von CHF 12'260'000 wird genehmigt.
- Der Steuerfuss für das Jahr 2021 wird auf 230 Prozent einer Einheit festgesetzt.
- Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

2 Nachkredite Laufende Rechnung 2020

Bezirksammann Franz Pirker verweist auf die Botschaft, Seite 55.

Es erfolgen keine Wortmeldungen und der Bezirksammann erteilt das Wort der Rechnungsprüfungskommission. Deren Mitglied Thomas Philipp verliest die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission:

„Die Rechnungsprüfungskommission des Bezirks Einsiedeln (RPK) hat die ordentlichen Nachkredite zu Lasten der Laufenden Rechnung 2020 in formeller, materieller und rechtlicher Hinsicht geprüft.

Für sämtliche Nachkredite zu Lasten der Laufenden Rechnung 2020 ist der Bezirksrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Unsere Prüfung erfolgte nach dem gesetzlichen Auftrag.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Nachkredite zur Rechnung 2020 den gesetzlichen Vorschriften.

Die RPK unterstützt den Antrag des Bezirksrates und empfiehlt der Bezirksgemeinde, die ordentlichen Nachkredite zu Lasten der Laufenden Rechnung 2020 im Betrag von CHF 154 600 zu genehmigen.

Ebenfalls nimmt die RPK die informativen Nachkredite zu Lasten der Laufenden Rechnung 2020 von CHF 79 800 zur Kenntnis."

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

- Die Nachkredite der Laufenden Rechnung 2020 von CHF 154'600 werden genehmigt.
- Die informativen Nachkredite der Laufenden Rechnung 2020 von CHF 79'800 werden zur Kenntnis genommen.

3 Abrechnung Baukredit Aufstockung Schulhaus Kornhausstrasse

Für die Abrechnung mit den Detailzahlen verweist der Bezirksammann auf Seite 57 der Botschaft.

Andreas Kälin, Werner-Kälin-Strasse, erkundigt sich im Zusammenhang mit der Prüfung der Rechnungsprüfungskommission nach dem korrekten Artikel bezüglich Teuerung. Zudem weist er darauf hin, dass der Baukredit mit 8% MwSt gesprochen worden war, in der Abrechnung werde die MwSt nun jedoch mit 7.7% berechnet. Andreas Kälin erkundigt sich nach dem Verbleib dieser 0.3%.
Landschreiber Patrick Schönbächler erläutert, dass für Schulbauten gemäss den «Richtlinien des Regierungsrats über Pauschalbeiträge an Schulhausbauten» der Zürcher Baukostenindex für die Berechnung der Teuerung zur Anwendung komme. Der Abteilungsleiter Finanzen Informatik Controlling, Werner Landtwing, ergänzt, dass im FHG die Teuerung in § 34 Abs. 2 und nicht § 20 (wie im RPK-Bericht erwähnt) geregelt ist.
Bezirksammann Franz Pirker erläutert, dass mit der zwischenzeitlichen Gesetzesänderung der Mehrwertsteuersatz angepasst wurde. Würde der MwSt-Satz immer noch 8% betragen, hätte die Unterschreitung des Kredits nur CHF 11'400 betragen. Diese Änderung konnte im Bauprozess nicht beeinflusst werden und wurde daher auch nicht abgebildet. Die Abstimmung erfolgte über den Betrag von CHF 2.9 Mio. und für den Vergleich zwischen Kreditsumme und Abrechnung wurde dieser Betrag verwendet.

Es erfolgen keine weiteren Voten und der Bezirksamman erteilt das Wort der RPK-Präsidentin Annamarie Kälin-Steinegger, welche auf den Wortlaut in der Botschaft verweist.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Die Abrechnung des Baukredits für die Aufstockung des Schulhauses Kornhausstrasse mit Minderkosten von CHF 20'085.65 wird genehmigt.

4 Abrechnung Baukredit Aufstockung Schulhaus Nordstrasse

Für die Abrechnung mit den Detailzahlen verweist der Bezirksammann auf Seite 59 der Botschaft.

RPK-Mitglied Thomas Philipp verliest die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission:

„Gemäss unserer Prüfung entspricht die Abrechnung des Verpflichtungskredits vom 12. Februar 2017 über CHF 2'964'000 sowie des Zusatzkredits vom 9. Februar 2020 über CHF 493'000 den gesetzlichen Bestimmungen. Der Verpflichtungskredit schliesst insgesamt mit einem Saldo von CHF 3'485'.745.36 ab.

Die Teuerung seit Frühjahr 2017 gemäss Zürcher Baukostenindex betrug rund 1% oder CHF 29'640. Gemäss § 20 FHG ist eine Erhöhung der Ausgabenbewilligung für teuerungsbedingte Mehrausgaben nicht erforderlich.

Der zugesicherte Kantonsbeitrag von CHF 417'000 ist im Verpflichtungskredit nicht eingerechnet und wird vom Kanton Schwyz voraussichtlich im Dezember 2020 ausbezahlt.

Wir beantragen, die vorliegende Abrechnung zu genehmigen."

Andreas Kälin stellt wiederum die Frage nach dem Unterschied der MwSt. Bezirksammann Franz Pirker erläutert wiederum, dass dem Bezirksrat vom Stimmbürger ein Gesamtkredit von CHF 2'964'000 und ein Zusatzkredit von CHF 493'000 zur Verfügung gestellt worden war und die Höhe des MwSt-Satzes nicht relevant sei. Abweichungen innerhalb der Kosten bzw. zwischen verschiedenen Posten seien normal, insgesamt sei der Gesamtkredit eingehalten. Andreas Kälin ist bezüglich MwSt nicht gleicher Meinung. An die Adresse der RPK richtet er den Input, dass zukünftig beide Indexe aufgelistet werden, damit der Bezug klar sei.

Es erfolgen keine weiteren Voten.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Die Abrechnung des Baukredits für die Aufstockung des Schulhauses Nordstrasse mit Minderkosten von CHF 894.64 wird genehmigt.

5 Sachvorlage «Einführung von schulergänzenden Betreuungsangeboten an den Schulen Einsiedeln»

Bezirksammann Franz Pirker verweist auf die Botschaft ab Seite 61 und erteilt das Wort dem zuständigen Ressortchef. Bezirksrat Christoph Bingisser, Schulpräsident und Ressortchef Bildung und Kultur, präsentiert die Sachvorlage.

Das Angebot an Kindertagesstätten und schulergänzenden Angeboten hat im Kanton Schwyz in den letzten Jahren stark zugenommen. Dies vor allem im äusseren Kantonsteil, während der innere Kantonsteil und auch Einsiedeln noch hinterherhinken. Insgesamt sind die Angebote im Kanton sehr ungleich. Während es Gemeinden gibt, die sich mit dem Thema schulergänzende Betreuung noch gar nicht befasst haben, gehören derartige Angebote in der Ausserschwyz mittlerweile zum Standard.

Insgesamt nimmt das Bedürfnis nach ausserfamiliärer Betreuung zu. Bewährte Familienmodelle, beispielsweise mit der Betreuung durch Grosseltern, nehmen ab. Dieser klare Trend zeigt den gesellschaftlichen Wandel auf und lässt auch in Einsiedeln für die Zukunft weiteren Bedarf nach familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten erkennen. Verdankenswerterweise kann hier seit rund 10 Jahren auf das Chinderhus zurückgegriffen werden, welches ein Angebot im vorschulischen und schulischen Bereich abdeckt. Mit dem Chinderhus unterhält der Bezirk eine Leistungsvereinbarung.

Gerade jüngere Familien sind oft auf zwei Einkommen angewiesen. Doppelverdiener sind heute die grosse Mehrheit. Der Anteil des traditionellen Familienmodells mit einem Alleinernährer lag 2019 gesamtschweizerisch lediglich noch bei 17.5%.

In der Wirtschaft bilden nicht mehr die Männer die Mehrheit der gut qualifizierten Arbeitskräfte. Vielmehr sind die Abschlussquoten von Frauen an Universitäten und Fachhochschulen höher als jene der Männer. Mittlerweile ist das Potenzial der Frauen erkannt und das Bedürfnis vorhanden, diese im Erwerbsleben halten zu können.

Betreuungsangebote sind äusserst wichtig, um den Zweiterwerbenden eines Haushalts – Frauen wie Männer – eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Betreuungsangebote wirken sich positiv auf die Erwerbsbeteiligung und somit auch die Steuereinnahmen aus.

Einsiedeln bietet sehr viel Lebensqualität und zahlreiche Familien wären gerne in Einsiedeln ansässig. Jedoch setzen solche potenziellen Zuzüger voraus, dass Tagesstrukturen angeboten werden, weshalb der Bezirksrat diese Lücke gerne schliessen möchte. So sind denn die Förderung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie sowie die Schaffung guter Voraussetzungen für die Betreuung der Kinder inner- und ausserhalb der Familie auch seit langem Legislaturziele des Bezirksrates. Dabei strebte der

Bezirksrat stets an, diese Ziele wirtschaftlich umzusetzen. So war eine Vorgabe des Bezirksrates zur Konzeption dieser Betreuungsangebote denn auch der sorgsame Umgang mit den Ressourcen – beispielsweise mit der Nutzung bezirkseigener Liegenschaften.

Der vorgesehene Standort befindet sich im «alten Werkhof» an der Nordstrasse 17 und damit sehr nahe an den Schulanlagen Nordstrasse, Furren/Brüel und altes Schulhaus, und auch das Dorfzentrum sowie das Schulhaus Kornhausstrasse sind in Gehdistanz. Die bezirkseigene Wohnung kann zu günstigen Konditionen gemietet werden. Damit für den Bezirk kein Mietzinsausfall entsteht, wurde in der Kalkulation der bisherige Mietzins eingesetzt. Das Raumangebot umfasst zwei Stockwerke mit unterschiedlich grossen Zimmern. Die Strukturen ermöglichen es, die Räumlichkeiten flexibel zu nutzen und den Bedürfnissen anzupassen. Es könnten rund 35 Kinder darin betreut werden. Man hat sich im Konzept entschieden, sowohl für die Unter- als auch die Oberstufe eine Betreuung anzubieten. Am Standort Nordstrasse ist eine räumliche Trennung möglich, wodurch gegenüber eines zweiten Angebots an einem weiteren Standort eine entsprechende Kosteneinsparung möglich wird.

Die Wohnung war lange vermietet und der Unterhaltsbedarf in dieser Zeit sehr moderat. Nun sind gewisse Investitionen nötig, hauptsächlich im Bereich Sicherheit und Brandschutz. Es wird mit Kosten von rund CHF 100'000 gerechnet. Für die Beschaffung von Mobiliar, Material und Informatik sind CHF 40'000 eingerechnet, womit sich die einmaligen Investitionskosten auf CHF 140'000 belaufen.

Für das detaillierte Betreuungsangebot verweist Bezirksrat Christoph Bingisser auf die Botschaft. Die Angebote sind modular aufgebaut und können bedürfnisgerecht zusammengestellt werden. Man habe sich bewusst auch für ein Angebot während den Schulferien (drei Wochen im Sommer, zwei Wochen im Herbst und einer Woche im Frühling) sowie an lokalen schulfreien Tagen wie z.B. Chilbi, Meinradstag entschieden.

Organisatorisch wird das Betreuungsangebot der Abteilung Bildung und Kultur unterstellt. Man verspricht sich von der Nähe, insbesondere zur Schulverwaltung, Synergien.

Finanziert werden die schulergänzenden Betreuungsangebote mehrheitlich durch einkommensabhängige Elternbeiträge, welche sozial abgestuft sind und sich nach dem steuerbaren Einkommen richten. Die Differenz zu den effektiv anfallenden Kosten trägt der Bezirk. Schwierig abzuschätzen sind derzeit die tatsächlichen Kosten, weil nicht eingeschätzt werden kann, wie stark die Angebote frequentiert werden. In den Berechnungen noch nicht berücksichtigt ist ein Impulsprogramm des Bundes zur Schaffung neuer Betreuungsplätze. Dieses sieht bei Einhaltung der erforderlichen Kriterien einen Maximalbetrag von CHF 3'000 pro Platz und Jahr vor. Diese Anschubfinanzierung wird während dreier Jahre gewährt und soll dazu beitragen, die Betriebskosten in der Startphase zu reduzieren.

Gemäss Zeitplan ist vorgesehen, nach einer Annahme der Vorlage am 7. März 2021, das Baugesuch einzureichen und bis Juli 2021 die Umbauarbeiten vorzunehmen. Parallel dazu erfolgt die Rekrutierung der Leitung, welche anschliessend die vorbereitenden Arbeiten und die Erstellung des Betriebsreglements und des pädagogischen Konzepts vornimmt. Per Schuljahr 2021/22 soll der Start des Betreuungsangebotes erfolgen und per Schuljahr 2023/24 eine Bedarfsevaluation in den Vierteln.

Bezirksammann Franz Pirker erteilt das Wort an RPK-Präsidentin Annamarie Kälin-Steinegger. Diese verliest die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission

„Die Rechnungsprüfungskommission des Bezirks Einsiedeln (RPK) hat die ihr zur Verfügung gestellten Unterlagen zur Sachvorlage «Einführung schulergänzende Betreuungsangebote» gemäss § 41 FHG in formeller, materieller und rechtlicher Hinsicht geprüft.

Der Bezirksrat möchte seinem Leitbild folgen und Rahmenbedingungen für Tagesstrukturen, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten, schaffen.

In der Leistungsvereinbarung vom Juni 2011 wird der Verein für Jugend- und Familienberatung, Einsiedeln, vom Bezirksrat Einsiedeln mit dem Betrieb einer Kinderkrippe und eines Mittagstisches mit Randzeiten- und Ferienbetreuung beauftragt. Der jährliche Bezirksbeitrag aus diesem Leistungsauftrag beträgt CHF 250 000.

Das Chinderhus an der Mythenstrasse bietet seit Jahren seine Betreuungsangebote an. Die schulergänzenden Angebote wurden seit Sommer 2020 mit dynamischer Tagesstruktur an der Fuchsenstrasse bereitgestellt. Beide Standorte verfügen über freie Kapazitäten und Plätze.

Nach Ansicht der RPK würden mit der Einführung der schulergänzenden Betreuungsangebote der Schulen Einsiedeln ein zweites, sehr ähnliches Angebot, eingeführt werden. Die finanzielle Höchstgrenze des Angebotes kann zudem nicht genau definiert werden und wird auf ca. CHF 210'000 jährlich geschätzt. Die Kosten sind abhängig von der Nachfrage nach schulergänzender Betreuung und der Steuerkraft der Eltern, welche die Betreuung in Anspruch nehmen. Die Kosten sind in der vorliegenden Sachvorlage nur auf das Dorf Einsiedeln bezogen. Die Erweiterung des Angebots auf die Standorte in den Vierteln wird erst noch evaluiert. Durch die finanzielle Doppelspurigkeit entspricht die Sachvorlage weder der Sparsamkeit noch der Wirtschaftlichkeit.

Die RPK unterstützt aus vorgenannten Gründen den Antrag des Bezirksrates nicht und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die schulergänzenden Betreuungsangebote im vorliegenden Rahmen abzulehnen."

Sandra Spieser, Willerzell, ist Mutter von drei Kindern im Alter von 7, 4 und 2 Jahren und widmet sich derzeit ausschliesslich der Betreuung ihrer Kinder. Sie würde gerne wieder ins Berufsleben einsteigen, sobald alle Kinder eingeschult sind. Im Viertel Willerzell sei das Bedürfnis für die vom Bezirksrat vorgesehene ausserschulische Betreuung mehr als vorhanden. Allein in der Überbauung Seegüetli seien über 40 Kinder zuhause und mehrere Mütter und Väter – aus intakten Familien – würden auf ein solches Betreuungsangebot warten. Sandra Spieser erachtet das vorliegende Konzept als sehr gut und zeitgemäss. Das Angebot erfülle die Bedürfnisse berufstätiger Eltern nicht nur während der Schulzeit, sondern auch während der Ferien. Faktisch sei das Angebot jedoch leider für Viertel nicht nutzbar, da der Transport der Kinder Sache der Eltern sei. Sie ersucht daher den Bezirksrat und die Konzeptgruppe, die Evaluation in den Vierteln voranzutreiben und auf das Schuljahr 2022/23 zumindest einen Mittagstisch umzusetzen. Dies würde Elternteilen ermöglichen, wenigstens Teilzeit zu arbeiten. Sie könnte sich vorstellen, dass der Mittagstisch im geplanten zusätzlichen Kindergarten in Willerzell untergebracht werden könnte.

Albin Fuchs, Präsident CVP Einsiedeln, führt aus, dass die CVP die Sachvorlage an ihrer Parteiversammlung eingehend diskutiert habe. Die CVP begrüsse die Schaffung von ausserschulischen Betreuungsangeboten im Bezirk Einsiedeln. Die Nachfrage sei vorhanden, der Anteil des klassischen Familienmodells mit nur einem Verdiener liege nur noch bei 17.5%. Ein solches Angebot werde die Standortattraktivität Einsiedelns steigern und die Familienpartei CVP unterstütze den Antrag des Bezirksrats.

Kantonsrat Fredi Kälin hat sich in einem offenen Brief beim Bezirksrat nach der Nutzung verschiedener Bezirksliegenschaften erkundigt (alter Werkhof, Einsiedlerhof, Schulhäuser Trachslau und Willerzell sowie das Dorfzentrum). Der Bezirksrat habe zeitnah und gut Stellung genommen, wofür er sich bedanke. Nun werde der alte Werkhof für ein ausserschulisches Betreuungsangebot genutzt, was er als sehr sinnvoll erachte. Dies entspreche der heutigen Zeit, weil Mann und Frau gleichermassen verantwortlich seien für Haushalt, Einkommen und Erziehung. Grosseltern würden oft weit entfernt leben, was eine generationenübergreifende Kinderbetreuung erschwere. Es sei nicht Aufgabe der Gemeinden, die Kindererziehung zu übernehmen, jedoch aber Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern in Form von ergänzenden Angeboten zu ermöglichen. In diesem Sinne erkundigt er sich, weshalb man sich nicht für ein Minimalangebot entschieden habe, welches kostenneutral hätte umgesetzt werden können.

Bezirksrat Christoph Bingisser erläutert, dass ein Mittagstisch ein solches Minimalangebot darstellen würde. Jedoch wäre ein Mittagstisch das finanziell am wenigsten lukrative Angebot. Darum habe man sich in der Konzeptgruppe auf ein Vollangebot fokussiert, weil damit ein tatsächliches Bedürfnis abgedeckt werden könne. Es sei denkbar, in einem Viertel das Betreuungsangebot mit einem Mittagstisch zu starten; im Dorf Einsiedeln jedoch habe man sich bewusst für ein von Anfang an umfassendes Angebot entschieden. Es bestehe aber durchaus die Möglichkeit, Module zu streichen, falls diese zuwenig genutzt würden. Es sei nicht vorgesehen, Angebote aufrecht zu erhalten, falls diese nicht nachgefragt würden.

Kantonsrat Reto Keller ist überzeugt vom Bedarf für schulergänzende Betreuungsangebote und ebenso von der entsprechenden Unterstützung von Familien, die finanziell weniger gut gestellt sind. Hingegen hätte er es gerne gesehen, wenn der Bezirksrat die Vorlage „Betreuungsgutscheine" aus dem Jahr 2016 überarbeitet und nochmals vorgelegt hätte. Das Sachgeschäft sei damals knapp abgelehnt worden und er sei überzeugt, dass es zum jetzigen Zeitpunkt angenommen würde. Das Modell Betreuungsgutscheine hätte den Vorteil, dass auch in den Vierteln entsprechende Angebote genutzt werden könnten. Zudem müssten keine bezirkseigenen Liegenschaften für das Angebot zur Verfügung gestellt werden. Reto Keller ersucht den Bezirksrat, bei einer periodischen Überprüfung der Betreuungsangebote auch das Modell Betreuungsgutscheine wieder in Erwägung zu ziehen.

Lukas Meister, GLP Einsiedeln, bezeichnet sich als Mitglied einer nicht intakten Familie. Er habe sich den Zuzug nach Einsiedeln gut überlegt, da er zu 100% Alleinerzieher und zu 100% Erwerbstätiger sei und in Einsiedeln kein Betreuungsangebot aus einer Hand bestehen. Es sei sehr schwierig, mit den verschiedenen Angeboten eine für ihn und sein Kind funktionierende Lösung zu finden. Er bedankt sich beim Bezirksrat für das vorliegende Projekt und gratuliert diesem dazu. Das Angebot sei umfassend und bedürfnisgerecht und genau richtig. Schade sei höchstens, dass damit nicht auch die Viertel bereits von Beginn weg abgedeckt würden. Hingegen verstehen Lukas Meister und die GLP Einsiedeln die Haltung der Rechnungsprüfungskommission weder formal noch inhaltlich – was der Bezirksrat hier vorlege, sei dermassen richtig und zeitgemäss. Die Betreuungsangebote hätten so viele Vorteile, er ist überzeugt, dass der Bezirk damit Erfolg haben und sich das Angebot schlussendlich auch rechnen werde. Doppelverdiener seien gute Steuerzahler, und solche würden sich unter anderem wegen eines umfassenden Kinderbetreuungsangebots in Einsiedeln niederlassen.
Die Rechnungsprüfungskommission verzichtet auf eine Stellungnahme zu den Ausführungen von Lukas Meister.

Francisca Eugster, Präsidentin des Vereins Jugend- und Familienberatung (Chinderhus Einsiedeln), berichtet von den Vorarbeiten und der Entwicklung des Konzepts. Sie bekräftigt, dass der Verein das Betreuungsangebot sehr unterstütze. Es sei ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Hinsichtlich der Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission legt sie dar, dass es sich nicht um eine Doppelfinanzierung handle. Der Leistungsauftrag zwischen Bezirk und dem Chinderhus habe die Betreuung von Vorschulkindern zum Inhalt. Sie räumt zwar ein, dass auch sieben Schulkinder erwähnt sind; aber – vom Verhältnis her – befänden sich in Einsiedeln in jedem Jahrgang sieben Klassen. In Einsiedeln sei sowohl bei den Eltern wie auch bei den Kindern das Bedürfnis vorhanden für eine Betreuung der schulpflichtigen Kinder getrennt von den Vorschulkindern. Das nun vorliegende schulnahe Angebot sei bedürfnisgerecht und sicher, sowohl für die Kinder wie auch für die Eltern, welche damit für die Kinderbetreuung nicht mehr auf den Goodwill von beispielsweise Nachbarn angewiesen sein werden. Auch Francisca Eugster unterstützt eine frühere Evaluation für Betreuungsangebote in den Vierteln.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht und der Bezirksammann verliest den

Antrag des Bezirksrats

Der Einführung von schulergänzenden Betreuungsangeboten an den Schulen Einsiedeln (Mittagstisch, Betreuung vor und nach der Schule) mit einmaligen Investitionskosten von CHF 140 000 und jährlich wiederkehrenden Kosten zu Lasten des Bezirks in der Höhe bis zirka CHF 210 000 sei zuzustimmen.

Die Sachvorlage wird an die Urnenabstimmung vom 7. März 2021 überwiesen.

6 Einbürgerungen

Bezirksammann Franz Pirker verweist bezüglich der Details zu den Bürgerrechtsbewerbern auf die Botschaft ab Seite 69 und bittet die Gesuchsteller, sich vorzustellen. Die Bürgerrechtsbewerber

- Mladenka und Miroslav Andacic mit Tochter Mihaela Andacic
- Wolfgang Bernotat
- Birgit Bucher
- Blerta Damani
- Claudia Göller
- Melanie Hirsch
- Dina Mardner
- Natheevan Naguleswaran
- Arjeta Pacuku
- Sujeevan Uthayakumar

stellen sich der Versammlung persönlich vor.

Karl Wehrli, Schwanenstrasse, erkundigt sich zum Gesuch der Familie Andacic, weshalb für Mihaela Andacic, welche ebenfalls volljährig sei, nicht ein eigenes Gesuch geführt werde.
Bezirksammann Franz Pirker informiert, dass der Zeitpunkt der Gesuchseinreichung (2018) massgebend sei.

Aus der Versammlung erfolgen keine weiteren Wortmeldungen und der Bezirksammann schlägt vor, die vorliegenden Einbürgerungsgesuche gemeinsam zu behandeln.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Die Einbürgerungsgesuche von Mladenka und Miroslav Andacic mit Tochter Mihaela Andacic, Wolfgang Bernotat, Birgit Bucher, Blerta Damani, Claudia Göller, Melanie Hirsch, Dina Mardner, Natheevan Naguleswaran, Arjeta Pacuku und Sujeevan Uthayakumar werden gemeinsam beraten.

Der Bezirksammann erkundigt sich bei den Versammlungsteilnehmern, ob Fragen oder ein begründeter Gegenantrag zu einem der Einbürgerungsgesuche vorliege. Aus der Versammlung erfolgen weder Fragen an die Bürgerrechtsbewerber noch ein Gegenantrag. Somit gelten die Anträge des Bezirksrats

- Die in der Botschaft zum Voranschlag 2021 unter Traktandum 6.1 bis 6.10 aufgeführten Personen
  - Mladenka und Miroslav Andacic mit Tochter Mihaela Andacic
  - Wolfgang Bernotat
  - Birgit Bucher
  - Blerta Damani
  - Claudia Göller
  - Melanie Hirsch
  - Dina Mardner
  - Natheevan Naguleswaran
  - Arjeta Pacuku
  - Sujeevan Uthayakumar

  werden in das Bürgerrecht der Gemeinde Einsiedeln aufgenommen;
- Die Neubürger haben eine Einbürgerungsgebühr gemäss Botschaftstexten zu entrichten;
- Vorbehalten bleibt die Aufnahme in das Kantonsbürgerrecht;

als genehmigt.

Der Bezirksammann gratuliert den Neubürgern und heisst sie als Einsiedlerinnen und Einsiedler herzlich willkommen.

7 Varia

Das Wort wird nicht gewünscht und Bezirksammann Franz Pirker schliesst die Bezirksgemeinde mit den besten Wünschen für die bevorstehenden Feiertage und das kommende Jahr.

Für das Protokoll:

Bezirksrat Einsiedeln

Franz Pirker
Bezirksammann

Irene Michel
Landschreiber-Stv.

Vom Bezirksrat genehmigt an der Sitzung vom 27. Januar 2021 mit Beschluss Nr. 7

Zufertigung (als PDF per eMail):
Alle Bezirksräte (9), Landschreiber, RPK-Präsidentin, alle Abteilungsleiter (7), Heimleiter APH Langrüti, Leiterin Personal, Webmaster.